



HAL
open science

DIE WERTE DER FRANZOSEN. Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben

Pierre Bréchon

► **To cite this version:**

Pierre Bréchon. DIE WERTE DER FRANZOSEN. Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben.
[Research Report] FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG. 2020, 16 p. halshs-02505777

HAL Id: halshs-02505777

<https://shs.hal.science/halshs-02505777v1>

Submitted on 12 Mar 2020

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE WERTE DER FRANZOSEN

Entwicklungen, die Anlass
zu Optimismus geben

Pierre Bréchon
Februar 2020



Der soziale Zusammenhalt steht auf einem festen Wertefundament: Toleranz und Altruismus sind über die Jahre gestiegen, soziale Teilhabe, Vertrauen in andere und Fremdenfeindlichkeit bleiben stabil.



Die von Individualisierung geprägten Einstellungen nehmen in allen Lebensbereichen (Familie, Religion, Arbeit, Politik) zu, führen aber nicht zu sozialem Egoismus.



Ein gemischtes Bild zeigt sich bei den Einstellungen zur Demokratie: Trotz einem klaren Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie werden gleichzeitig alternative bzw. autoritäre politische Systeme immer beliebter.

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE WERTE DER FRANZOSEN

Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben

VORWORT

Dieser Text nimmt Bezug auf eine lebhaft öffentliche Debatte in Frankreich über den vermeintlichen Zerfall der Gesellschaft. Die zahlreichen Proteste gegen die Rentenreform, die polemischen Debatten über Polizeigewalt auf der einen Seite und die häufigen Aggressionen gegen politische Verantwortungsträger auf der anderen Seite, der beträchtliche Stimmenanteil der extremen Rechten bei Wahlen, die Anzeichen einer religiösen Radikalisierung oder auch das Erschrecken über die anhaltenden Proteste der Gelbwesten haben nicht nur das Bild einer politischen, sozialen und territorialen Spaltung genährt, sondern auch das einer Schwächung der kollektiven Bindungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten.

Ist dieser Sachverhalt von Meinungsforschern und Soziologen sehr gut dokumentiert, hat eine Analyse der französischen Gesellschaft durch das Prisma der individuellen Werte der Bürger und deren Veränderung in der Zeit den Vorteil, eine andere Sicht auf diese Entwicklungen zu erlauben, die ein Gegengewicht zu den derzeit oft alarmierenden Visionen bildet. Anstatt die Meinungsunterschiede in Abhängigkeit von sozio-professionellen Kategorien oder Einkommens- und Bildungsunterschieden zu betrachten, bietet die Betrachtung der »Subjektivität« eine transversale Sicht auf verschiedene Themen wie Familie, Arbeit, die Offenheit für Andere, die Religion oder die Einstellungen zur Demokratie. Auch diese Sicht erlaubt wichtige Beiträge zu einer Reflexion über die zukünftig in Frankreich zu treffenden politischen Entscheidungen.

Mit diesem Lektüreraster lässt sich ein Bild Frankreichs im Laufe der Zeit nachzeichnen und dieses zudem noch durch vergleichende Bezüge zu Deutschland ergänzen. Ist die politische und soziale Krise in Frankreich eine Krise der Werte? Hat der verstärkte Wunsch der Bürger nach Autonomie den Individualismus und sozialen Egoismus bestärkt oder hat er umgekehrt deren Toleranz und Offenheit gefördert? Wie steht es um die demokratischen Werte der Bürger und ihre Bindung an den Sozialstaat? Und wie lassen sich diese im Kontext einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Institutionen interpretieren? Zu all diesen Fragen bietet der auf den Ergebnissen von Umfragerihen basierende Text von Pierre Bréchon interessante Einblicke.

Dr. Thomas Manz,
Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

EINLEITUNG

In allen Ländern haben die Bürger eine persönliche Vorstellung – ob zutreffend oder nicht – von dem, wie die Gesellschaft sich entwickelt hat. Und die Medien verbreiten oft pauschale und nicht immer begründete Darstellungen von den Veränderungen in ihrem Land. Glaubt man Beobachtern der französischen Gesellschaft, gewinnt man den Eindruck, viele Werte würden an Bedeutung verlieren, die Franzosen würden immer egoistischer und eigennütziger, die Polarisierungen nähmen zu, der gesellschaftliche Zusammenhalt ginge verloren. Die Liste von solchen vielfach geäußerten, pessimistischen Urteilen ließe sich endlos weiterführen. Sie sind ein Zeichen dafür, dass Frankreich sich um seine Zukunft Sorgen macht – vermutlich zu viele Sorgen. Wenn man nur noch wahrnimmt, was schlecht läuft, droht die eigene Handlungsfähigkeit zu erlahmen. Mit ein wenig mehr Optimismus hinsichtlich der Lage des Landes könnten sich alle gesellschaftlichen Akteure bei vielen Themen stärker einbringen und bessere Ergebnisse erreichen.

Während Aussagen über die Gesellschaft oftmals nur Teilbereiche betreffen, helfen quantitative Erhebungen, die auf repräsentativen Stichproben der Gesamtbevölkerung basieren, besser zu verstehen, welche Werte den Franzosen wichtig sind und wie sich diese im Laufe der Zeit entwickelt haben. Aus diesem Grunde wurde 1981 eine spezielle Erhebung ausgearbeitet, um die Entwicklung der Werte in Europa nachvollziehbar zu machen. Diese Erhebung ist das Werk einer Gruppe von Soziologen und Politikwissenschaftlern, die sich über den sich abzeichnenden Verfall der traditionellen Werte Gedanken machten. Sie wollten in regelmäßigen Abständen bestimmte Wertvorstellungen erfragen, um deren Veränderungen im Laufe der Zeit beurteilen zu können. Die Umfrage ist daher in den Jahren 1990, 1999, 2008 und 2017/2018 wiederholt worden, und zwar jeweils mit einem ähnlichen Fragenkatalog, um die Antworten leichter miteinander vergleichen zu können. Der sehr detaillierte Fragenkatalog erstreckt sich auf alle wichtigen Lebensbereiche: Familie, Arbeit, Freunde, Moralvorstellungen, Religion, Politik, Wirtschaft usw. Mit jeder neuen Umfragerunde ist die Zahl der erfassten Länder gestiegen und umfasst heute fast ganz Kontinentaleuropa¹.

In diesem Beitrag geht es um die Wertvorstellungen der Franzosen: Welche Veränderungen der Werte sind über die letzten vierzig Jahre erkennbar? Befindet sich die französische Gesellschaft wirklich so tief in der Krise, wie oft behauptet wird? Der Text enthält die wichtigsten Ergebnisse aus der Veröffentlichung von Pierre Bréchon, Frédéric Gonthier und Sandrine Astor (Leitung) »La France des valeurs. Quarante ans d'évolutions«, Presses Universitaires de Grenoble, 2019². Die Ergebnisse aus derselben Umfrage in Deutschland werden zu Vergleichszwecken herangezogen³.

¹ Bréchon Pierre, Gonthier Frédéric (Hrsg.), *European Values. Trends and Divides Over Thirty Years*, Brill, 2017.

² Diese Zusammenfassung basiert größtenteils auf Bréchon Pierre, «Les valeurs des Français en tendances. Plus de liberté pour soi, plus d'exigences dans la sphère collective», *Futuribles* Nr. 431, Juli-August 2019, S.55–71.

³ In Frankreich wurden die Daten zwischen März und August 2018 bei den Befragten zu Hause erhoben. In Deutschland wurde die Datenerhebung zwischen Oktober 2017 und November 2018 zu Hause, über das Internet oder per Post durchgeführt, was zu einigen Abweichungen in den Ergebnissen führt. Das Datenfile für 30 europäische Länder – darunter Frankreich und Deutschland – ist unter www.gesis.org verfügbar. Bislang gibt es keine Veröffentlichungen zu den deutschen Daten.

DER SOZIALE ZUSAMMENHALT STEHT AUF EINEM FESTEN WERTEFUNDAMENT

Wie stark die sozialen Bindungen zwischen Individuen innerhalb einer Gesellschaft sind, lässt sich anhand mehrerer Aspekte erfassen: das Vertrauen in andere, das Vereinsleben, Altruismus, Toleranz und Fremdenfeindlichkeit.

DAS VERTRAUEN IN ANDERE HAT NICHT ABGENOMMEN

Die Franzosen haben anderen noch nie sehr schnell vertraut, im Gegensatz zu dem, was man in skandinavischen Ländern beobachten kann. Sie bleiben gegenüber anderen meist zurückhaltend. Aber ihr Vertrauen gegenüber anderen Menschen hat nicht abgenommen. Im Gegenteil, 1981 gaben 22 % an, dass sie anderen schnell vertrauen, heute sind es 27 %. Das Vertrauen der Deutschen ist im gleichen Zeitraum stärker gestiegen, von 31 % auf 44 %.

Eine Frage, die erstmals 2018 gestellt wurde, untermauert diese Entwicklung noch. Das Vertrauen ist sehr stark ausgeprägt gegenüber Familienmitgliedern und Menschen, die man persönlich kennt, und es ist immer noch stark bei Nachbarn und Menschen mit anderer Nationalität oder Religion. Zurückhaltend sind dagegen viele vor allem bei Menschen, die sie zum ersten Mal treffen. Solchen Menschen gegenüber fasst nur eine Minderheit schnell Vertrauen, aber immerhin ein Drittel der Bevölkerung, was angesichts des in Frankreich wie in vielen anderen entwickelten Gesellschaften herrschenden Klimas der Angst und des Misstrauens immer noch sehr viel ist. Frankreich und Deutschland liegen hier sehr nah beieinander: 34 % der Franzosen und 30 % der Deutschen vertrauen Menschen, die sie zum ersten Mal treffen.

Die gesellschaftlichen Beziehungen im Vereinswesen sind in Frankreich nicht so stark wie in den skandinavischen Ländern, aber ausgeprägter als in Südeuropa. Die Zahlen sind recht stabil: 2008 gehörten mindestens 38 % einem Verein an, heute sind es 41 % – hauptsächlich in den Bereichen Sport, Freizeit und Kultur⁴. Etwa die Hälfte der Vereinsmitglieder (22 % der Befragten) arbeitet auch ehrenamtlich für ihren Verein. Auch auf dieser Ebene gibt es also keine Verschlechterung des sozialen Zusammenhalts.

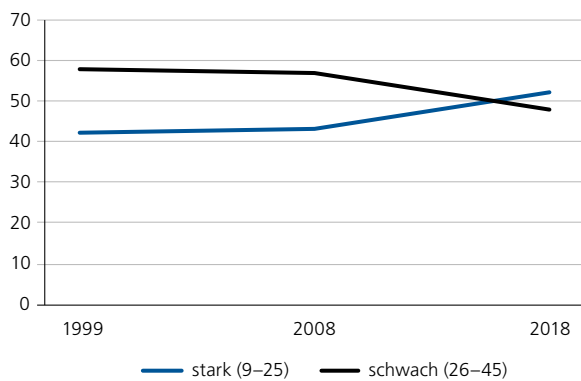
ALTRUISTISCHE EINSTELLUNGEN NEHMEN ZU

Noch interessanter ist, dass Werte der Gemeinschaftlichkeit an Bedeutung zunehmen: Unter den Eigenschaften, die bei Kindern gefördert werden sollten, wählten 2008 noch 39 % Großzügigkeit, heute sind es sogar 44 %. Vor allem der Altruismus im Sinne eines Interesses an den Lebensbedingungen verschiedener Bevölkerungsgruppen, die einem mehr oder weniger nahe stehen (von den Nachbarn bis hin zur gesamten Menschheit), aber auch unterschiedlich benachteiligt sind (von älteren Menschen bis hin zu Einwanderern), nahm 2018 deutlich zu, während das Niveau von 1999 bis 2008 gleich blieb (Grafik 1). Der Grad des Altruismus nimmt bei allen Generationen zu, aber besonders bei jungen Menschen, die bis dahin eher weniger mitfühlend gegenüber anderen waren.

Aber der Altruismus ist in Frankreich im Vergleich zu Deutschland noch relativ schwach ausgeprägt. Während sich 26% der Franzosen sehr und 27% ziemlich betroffen fühlen in Bezug auf die Lebensbedingungen der anderen, sind es bei den Deutschen 55%, die sich sehr, und 29%, die sich ziemlich betroffen zeigen. Die ausgesprochene Anteilnahme betrifft daher heute kaum mehr als jeden zweiten Franzosen, verglichen mit 84% der Deutschen. Dennoch relativiert der Anstieg des Altruismus in Frankreich die gängigen Klischees über den zunehmenden Individualismus. Es wäre zwar wünschenswert, dass die Solidarität noch weiter zunimmt, aber sie ist jedenfalls nicht rückläufig.

⁴ Auch in Deutschland ist die Zahl der Vereinsmitglieder stabil, liegt aber etwas über der in Frankreich: 1981 lag sie bei 48 %, 2017 bei 47 %. 21 % der Deutschen sagen, dass sie eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben.

Grafik 1
Entwicklung des Altruismus von 1999 bis 2018*
(in % der Befragten)



* Der Altruismusindex wird durch Addition der Antworten bezüglich neun Faktoren gebildet, die das Interesse an den Lebensbedingungen der Nachbarn, der Menschen in der Region, der Landsleute, der Europäer, der gesamten Menschheit, der älteren Menschen, der Arbeitslosen, der Einwanderer sowie der Kranken und Behinderten messen. Die Befragten können in 5 Stufen antworten, von viel Interesse (1) bis gar kein Interesse (5), der Index bewegt sich also zwischen 9 und 45. Er ist für 2018 in Quartile unterteilt.

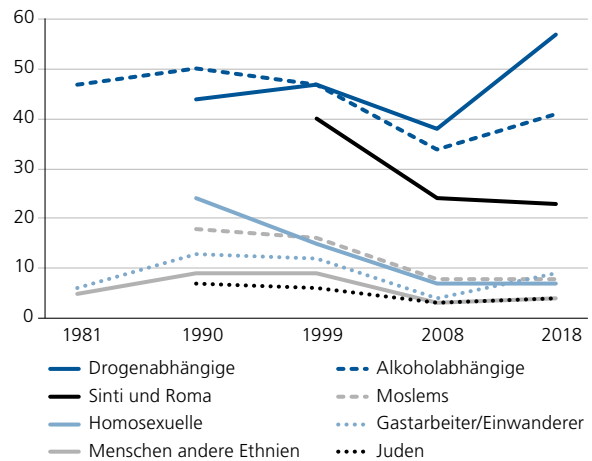
TOLERANZ UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Toleranz ist seit langem ein sehr wichtiger Wert in der französischen Gesellschaft. Bei jeder Umfragewelle sind Toleranz und Respekt vor anderen die am häufigsten genannten Eigenschaften, die bei Kindern gefördert werden sollten. 85 % der Franzosen wünschen sich eine tolerante Gesellschaft⁵, was allerdings nicht bedeutet, dass sie selbst immer tolerant sind. Vor allem die Toleranz im Bereich der Moralvorstellungen ist sehr groß: Jeder will in seinem Privatleben, insbesondere in Bezug auf Sexualität, die Beziehung zum Körper und Intimität, die Freiheit haben zu tun, was er möchte – und erkennt daher auch dieselbe Freiheit der anderen an.

Natürlich herrscht nicht in allen Bereichen Toleranz. Bekanntlich gibt es z. B. Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen von Ausländern. Aber auf lange Sicht nehmen sowohl Fremdenfeindlichkeit als auch Vorurteile gegenüber Einwanderern eher ab⁶. Grafik 2 zeigt die Gruppen von Personen, die die Befragten nicht als Nachbarn haben möchten. Es fällt auf, dass stets die Menschen, von denen auffällige oder ungebührliche Verhaltensweisen befürchtet werden – Drogenabhängige und Alkoholiker –, am stärksten abgelehnt werden. Gegen viele ethnisch-religiöse Gruppen scheint es keine großen Vorbehalte zu geben, mit Ausnahme allerdings der Minderheit

der Sinti und Roma, die viele mit Kleinkriminalität in Verbindung bringen. Aber während seit 2008 die Ablehnung von Drogenabhängigen und Alkoholikern im Kontext einer immer lauter eingeforderten öffentlichen Ordnung gewachsen ist, werden Sinti und Roma mehr toleriert als vor zwanzig Jahren und die anderen ethnisch-religiösen Gruppen erfahren kaum Ablehnung⁷.

Grafik 2
Gruppen von Personen, die die Befragten nicht als Nachbarn haben möchten*



* Aus der Liste der vorgeschlagenen Gruppen konnten die Befragten beliebig viele Gruppen auswählen. Die Gesamtpunktzahl der Antworten ist daher größer als 100.

In Bezug auf die Fragen nach Toleranz und Fremdenfeindlichkeit fällt der Vergleich mit Deutschland unterschiedlich aus. Während die Deutschen viel häufiger als die Franzosen sagen, dass sie Drogenabhängige (79 %), Alkoholiker (75 %), Sinti und Roma (35 %) und Muslime (16 %) nicht in ihrer Nachbarschaft haben wollen, akzeptieren sie genauso oft wie die Franzosen Homosexuelle, Einwanderer, Menschen anderer Ethnien und Juden.

In Frankreich ist die geringe Toleranz gegenüber Einwanderern vor allem bei der Frage des Zugangs zum Arbeitsmarkt festzustellen. Die Befürworter der Bevorzugung der Franzosen auf dem Arbeitsmarkt waren in Frankreich bis Anfang der 2000er Jahre in der Mehrheit. Seit 2008 ist die Zahl um ein Drittel zurückgegangen, ist aber immer noch hoch (42 %). Nur ein knappes Drittel der Franzosen lehnt diese Praxis eindeutig ab. In Deutschland findet der Vorrang der einheimischen Bevölkerung mit nur 32 % deutlich weniger Rückhalt.

⁵ Bei den Deutschen ist der Anteil vergleichbar (89 %).

⁶ Dieser Trend wurde im Jahresbericht der Nationalen Menschenrechtskommission erneut bestätigt: CNCDH, La lutte contre le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie, année 2018, La documentation française, April 2019.

⁷ Der ebenfalls durch die Umfrage ermittelte Antisemitismus ist in Westeuropa sehr gering. So haben nur 4 % der Franzosen und der Deutschen angegeben, dass sie keine Juden als Nachbarn haben wollen. Dagegen liegt dieser Anteil in den ehemals kommunistischen EU-Ländern bei 18 %, wobei die höchsten Werte in Litauen (36 %), Rumänien (28 %), der Slowakei (25 %), Slowenien (22 %) und Ungarn (20 %) zu verzeichnen sind.

Die Einstellung zu Einwanderern hat sich jedoch nicht so negativ entwickelt, wie es angesichts der großen Flüchtlingsströme nach Europa und der dadurch ausgelösten hitzigen öffentlichen Debatten zu vermuten war. Die Umfrage hat mehrere gegensätzliche Auffassungen untersucht (Tabelle 1). Auch wenn die Befürchtung, die Einwanderer seien eine Belastung für die Sozialversicherungssysteme, heraussticht, korrelieren die Antworten auf die übrigen Fragen dieser Kategorie und auch auf die vorherige Frage nach dem Vorrang der Einheimischen miteinander. In den letzten zehn Jahren haben sich die Meinungen in diesem Bereich kaum verändert⁸.

Tabelle 1

Auffassungen zu Einwanderern (in % der Befragten)*

	2008	2018
Die Einwanderer nehmen den Franzosen Arbeitsplätze weg	26	25
Die Einwanderer nehmen den Franzosen keine Arbeitsplätze weg	46	48
Die Einwanderer verschärfen die Kriminalitätsprobleme	32	31
Die Einwanderer verschärfen nicht Kriminalitätsprobleme	39	38
Die Einwanderer sind eine Belastung für die Sozialversicherungssysteme	46	47
Die Einwanderer sind keine Belastung für die Sozialversicherungssysteme	27	29

* Von den 10 Punkten, mit denen die Befragten antworten konnten, wurden auf der einen Seite die Antworten mit 1 bis 4 und auf der anderen Seite die mit 7 bis 10 Punkten zusammengezählt. Die mittleren Punktwerte und die Antworten, die keine Punktzahl angeben, sind in der Tabelle nicht enthalten.

Die differenzierte Position der Franzosen zu diesem Thema spiegelt sich noch in einer weiteren Frage wider: 27 % halten die Auswirkungen der Einwanderer auf die Entwicklung des Landes für sehr oder ziemlich gut, 45 % sind unsicher und 25 % sind der Meinung, dass die Auswirkungen sehr oder ziemlich schlecht seien⁹.

All diese Ergebnisse über soziale Bindungen zeigen, dass es viele positive Entwicklungen in der französischen Gesellschaft gibt. Die oft in den Medien beschworenen abgrundtiefen Gräben sind längst nicht so tief wie behauptet. Nach dem Krieg war Frankreich viel gespaltenener als heute¹⁰. Der Klassenkonflikt prägte damals das Bewusstsein stark: Zwei Welten mit sehr unterschiedlichen Werten standen sich frontal gegenüber. Heute dagegen gibt es zahlreiche, auf Einzelprobleme bezogene Gegensätze zwischen etlichen gesellschaftlichen und politischen Gruppen, da die Gesellschaft weniger konformistisch und kritischer ist als früher. Es wird zwar heftig gestritten, aber ohne sich zu bekämpfen.

⁸ In Deutschland ist die negative Meinung gegenüber Einwanderern in Bezug auf den Arbeitsmarkt seltener anzutreffen (nur 14 % denken, dass die Einwanderer den Deutschen die Arbeit wegnehmen), aber viel häufiger bei den beiden anderen Fragen: 58 % denken, dass die Einwanderer die Kriminalitätsprobleme verschärfen, und 60 % meinen, sie seien eine Belastung für die Sozialversicherungssysteme. Diese Unterschiede zwischen beiden Ländern lassen sich durch zwei Phänomene erklären: Da Deutschland deutlich weniger Arbeitslose hat und ein schwaches Bevölkerungswachstum aufweist, hat es einen höheren Bedarf an ausländischen Arbeitskräften und daher weniger Angst vor deren Konkurrenz. Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland war dagegen viel größer als nach Frankreich, was die starken Vorurteile bezüglich der Kriminalität und der Sozialversicherungssysteme erklären könnte.

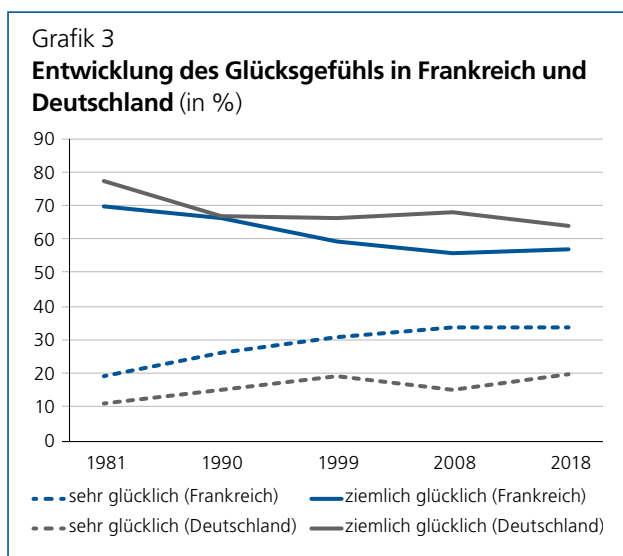
⁹ Der Unterschied zu Deutschland ist hier gering: 25 % der Deutschen bewerten den Einfluss von Einwanderern auf die Entwicklung des Landes positiv, 37 % sind unsicher und 31 % halten den Einfluss für negativ.

¹⁰ Die Kommunistische Partei, die damals ein viel radikaleres Programm als heute hatte, repräsentierte 25 % der Wähler und die Gaullisten etwa ebenso viele. Mit Splitterparteien von ganz links bis ganz rechts war es daher sehr schwierig, eine Regierungsmehrheit zu finden. Frankreich war bekannt für seine häufigen Regierungskrisen.

BEURTEILUNGSUNTERSCHIEDE ZWISCHEN PRIVATEM UND ÖFFENTLICHEM RAUM

ZUFRIEDENHEIT IM PRIVATLEBEN VS. UNZUFRIEDENHEIT MIT DEM ZUSTAND VON GESELLSCHAFT UND POLITIK

Obwohl die Franzosen nicht die geselligsten Europäer sind, erklären sich viele für zufrieden mit ihrem Los (Grafik 3). Im Verlauf der Jahrzehnte ist der Anteil der »sehr glücklichen« (und nicht nur der »ziemlich glücklichen«) Menschen sogar gestiegen.



Dieser Aufwärtstrend des Glücksgefühls ist nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern zu beobachten¹¹ und scheint an den Grad der wirtschaftlichen Entwicklung gekoppelt zu sein. Je mehr diese zunahm, desto mehr stieg das Glücksgefühl. Heute ist das Glücksgefühl in den reichen Ländern Westeuropas stärker ausgeprägt als in den ärmeren Ländern Osteuropas¹².

¹¹ Ronald Inglehart, *Les transformations culturelles. Comment les valeurs des individus bouleversent le monde?*, Presses universitaires de Grenoble, coll. *Libres cours Politique*, 2018 (Übersetzung von *Cultural Evolution*, Cambridge University Press, 2018), Kapitel 8 »Les nouvelles sources du bonheur«. Siehe auch Pierre Bréchon, »L'évolution des valeurs. A propos du livre de Ronald Inglehart«, *Futuribles*, Nr. 428, Januar-Februar 2019, S. 17–31.

¹² Zudem gibt es einen signifikanten Unterschied im Glücksniveau zwischen den osteuropäischen Ländern, je nachdem, ob sie der Europäischen Union angehören oder nicht. Das Glücksniveau im Osten außerhalb der Europäischen Union ist sehr niedrig.

Innerhalb jedes Landes sind die Faktoren, die den größten Einfluss auf das Glücksgefühl haben, die Einschätzung der eigenen Gesundheit und das Gefühl, das eigene Leben und die eigene Zukunft bestimmen zu können. Ist man bei guter Gesundheit, hat man gute Chancen, sich zumindest für »ziemlich glücklich« zu halten. Auch der Zusammenhang zum Gefühl, Kontrolle über das eigene Leben zu haben, ist groß: Hat man das Gefühl, frei wählen zu können, welches Leben man führen möchte, und nicht durch unbeeinflussbare Bedingungen auf einen bestimmten Weg festgelegt zu sein, empfindet man sich auch viel häufiger glücklich¹³. Dies zeigt, wie wichtig die Kultur der Individualisierung in Frankreich ist.

Obwohl die Franzosen von sich sagen, dass sie glücklich sind, sind sie der Meinung, die Gesellschaft und insbesondere das politische System seien in einem schlechten Zustand¹⁴: Auf einer Skala von 1 bis 10 liegt die Zufriedenheit mit dem politischen System bei nur 4,7, die Lebenszufriedenheit aber bei 7,2. Dieser Unterschied in der Wahrnehmung ist in allen Ländern zu beobachten, aber besonders stark ist er in Frankreich¹⁵. Das mag paradox erscheinen unter der Prämisse, dass man nicht glücklich sein kann, wenn es der Gesellschaft als Ganzer schlecht geht. Aber tatsächlich beurteilen viele Menschen die beiden Bereiche getrennt voneinander, da das Gefühl der Kontrolle jeweils ein anderes ist: Haben viele zwar das Gefühl, souverän ihr eigenes Leben bestimmen zu können, so haben sie andererseits aber den Eindruck, dass dies nicht für die gesellschaftliche und politische Situation gilt, was zu Frustration führt.

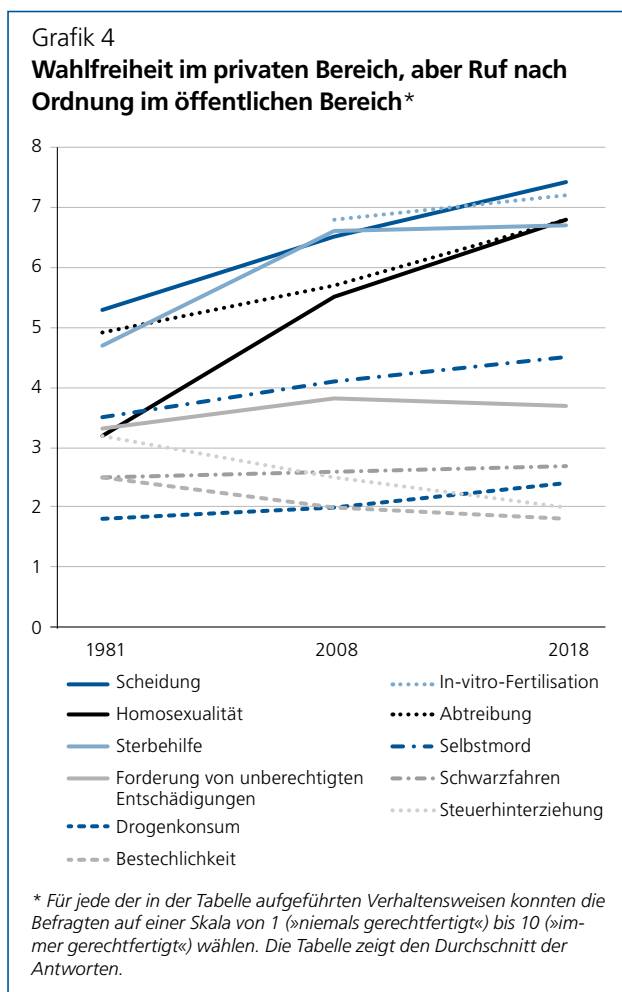
¹³ Die Befragten, die sich für sehr glücklich halten, haben durchschnittlich 7,5 von 10 Punkten bei dem Gefühl, die Kontrolle über ihr Leben zu haben – verglichen mit nur 3,8 Punkten bei denen, die sich für überhaupt nicht glücklich erachten.

¹⁴ Das wurde bereits bei den Daten der letzten Umfragewelle für Frankreich deutlich: Pierre Bréchon, »Je vais bien, le système politique va mal«, in Pierre Bréchon, Jean-François Tchernia (Leitung), *La France à travers ses valeurs*, Armand Colin, 2009, S. 47–54.

¹⁵ In Deutschland ist dieser Unterschied etwas geringer und in beiden Bereichen fallen die Antworten etwas optimistischer aus: Die Zufriedenheit mit dem politischen System liegt bei 5,3 und die Lebenszufriedenheit bei 7,6.

ZUNEHMENDE TOLERANZ IM BEREICH DER MORALVORSTELLUNGEN VS. INTOLERANZ GEGENÜBER UNGEBÜHRlichem VERHALTEN

Diese Diskrepanz in der Beurteilung zwischen privatem und öffentlichem Raum lässt sich auch im Hinblick auf die Freiräume beobachten, die akzeptiert bzw. eingefordert werden. Jeder will frei entscheiden und wählen können, wie er sein Leben gestaltet, insbesondere in familiären und sexuellen Fragen, aber auch in Bezug auf die Entscheidung, so zu leben oder zu sterben, wie er es wünscht. In den letzten 40 Jahren haben Scheidung, Abtreibung, Homosexualität, Sterbehilfe und teilweise auch Selbstmord massiv an Akzeptanz gewonnen (Grafik 4).



Im unteren Teil der Grafik sind Verhaltensweisen aufgeführt, die auch Konsequenzen auf den öffentlichen Raum haben. Bei diesen Fragen sind die Einstellungen im Vergleich zu früher nicht liberaler geworden, außer ganz leicht beim Thema Drogenkonsum und der Forderung von unberechtigten Entschädigungen. Steuerhinterziehung wird dagegen heute weniger akzeptiert als früher. Alle wollen in ihrem Privatleben frei sein, fordern aber auch, dass die öffentliche Ordnung gewährleistet wird. Dies setzt voraus, dass jeder die Regeln des Anstands einhält und staatsbürgerliche Verantwortung übernimmt. Es ist wahrscheinlich die Angst vor ungebührlichem Verhalten und das Gefühl eines gesellschaftlichen Missstandes, dass die starke Forderung nach öffentlicher Ordnung erklärt.

Diese wachsende Toleranz im Bereich der Moralvorstellungen und die anhaltende Inakzeptanz von ungebührlichen Verhaltensweisen finden sich – in unterschiedlicher Ausprägung – in ganz Westeuropa. In Deutschland sind die Moralvorstellungen noch etwas toleranter als in Frankreich, mit Ausnahme der Themen Abtreibung und Selbstmord. Dagegen ist die Ablehnung von (Wirtschafts-)Kriminalität höher als in Frankreich. Drogenkonsum wird in Deutschland eher geduldet (durchschnittlich 2,8) als in Frankreich (2,4).

INDIVIDUALISIERUNG IN ALLEN LEBENSBEREICHEN

Der Prozess der Individualisierung, d.h. die zunehmende Autonomie individueller Entscheidungen, betrifft nicht nur die Souveränität über die eigene Lebensführung, die gesellschaftlichen Beziehungen, die Toleranz im Bereich der Moralvorstellungen und das Privatleben. Seine Auswirkungen sind in sämtlichen Bereichen zu beobachten: So hat sich das Familienleben stark entwickelt, aber auch die Bedeutung von Arbeit sowie die Meinungen über das Wirtschaftssystem, politische Partizipation und Religion.

FAMILIENFORMEN WERDEN IMMER VIELFÄLTIGER

Während die traditionelle Familie bzw. die heterosexuelle Ehe lange Zeit als eine selbstverständliche und einheitliche Bezugsgröße angesehen wurde, die deutliche Rollenunterschiede zwischen Männern und Frauen vorsah – der Mann verdient das Geld, die Frau erzieht die Kinder –, ist diese Institution stark relativiert worden und hat deutlich vielfältigere Formen angenommen. Die Ehe ist seltener geworden, Scheidungen haben zugenommen und immer mehr Paare leben in nicht-eheleichen Lebensgemeinschaften¹⁶ (Tabelle 2). Es gibt viele Alleinerziehende¹⁷ und Familien werden nach Trennungen oder Scheidungen häufig neu zusammengesetzt (etwa 45 % der Ehen enden mit einer Scheidung). Jeder möchte eine erfüllte Form der Familie leben, die auf intensiven Beziehungen zu den anderen Familienmitgliedern aufbaut. Wenn sie in der bestehenden Familie nicht mehr glücklich sind, beschließen die meisten, »ein neues Leben zu beginnen«. Über die Gleichberechtigung in der Partnerschaft herrscht weitgehend Konsens, auch wenn sie bei weitem noch nicht immer umgesetzt wird. Kinder zu haben wird nach wie vor als wichtig angesehen, allerdings als Teil der Selbstverwirklichung in der Familie und nicht als gesellschaftliche Verpflichtung.

¹⁶ 11 % der Franzosen leben in eheähnlichen Lebensgemeinschaften, aber 61 % haben vor ihrer Heirat eine Zeit lang zusammengelebt.

¹⁷ Laut dem französischen Statistikamt INSEE ist der Anteil der Alleinerziehenden von 9 % im Jahr 1975 auf 23 % im Jahr 2014 gestiegen, betrifft also fast jede vierte Familie.

Tabelle 2

Die familiäre Situation von Franzosen zwischen 1981 und 2018* und der Vergleich mit Deutschland 2018

In %	Frankreich		Deutschland
	1981	2018	2017/2018
Verheiratet	65	33	57
In eingetragener Partnerschaft	–	5	1
Verwitwet	9	10	7
Geschieden, getrennt	3	18	10
Ledig in nichtehelicher Lebensgemeinschaft	4	11	8
Ledig ohne feste Beziehung	19	24	16

* Der Vergleich zwischen 1981 und 2018 ist hinsichtlich der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und den Ledigen ohne feste Beziehung nur geschätzt, da die Frage zu beiden Zeitpunkten unterschiedlich gestellt wurde.

Die Bedeutung, die Kindern zugemessen wird, nimmt jedoch ab. Zwischen 1981 und 2008 meinten etwa zwei Drittel der Befragten, Kinder zu haben sei für das Gelingen des Ehelebens sehr wichtig¹⁸. Dieser Anteil sank bis 2018 auf nur noch 53 % (mit großen Unterschieden zwischen den Generationen: 38 % bei den 18–29-Jährigen und 67 % bei den über 70-Jährigen)¹⁹. Die Tatsache, dass Kinder zu bekommen nicht mehr als gesellschaftliche Verpflichtung, sondern als Teil der Selbstverwirklichung betrachtet wird, könnte letztendlich zu einem Rückgang der Geburtenrate führen. Doch dies ist kein Automatismus. In Frankreich gab es zwischen 1995 und 2010 immerhin einen »Mini-Baby-Boom«, obwohl die Individualisierung längst begonnen hatte²⁰. Und einige viel traditionellere Gesellschaften als Frankreich – zum Beispiel Italien – haben sehr niedrige Geburtenraten, während Frankreich bis heute eine relativ hohe Geburtenziffer aufweist (rund 1,9) – neben Schweden und Irland die höchste in der Europäischen Union. Dies ist wahrscheinlich nicht nur auf die Familienpolitik, sondern weitgehend auf die allgemeine Akzeptanz von außerehelichen Geburten zurückzuführen (2018

¹⁸ 2018 sagten 17 %, dass Kinder für das Gelingen der Partnerschaft nicht sehr wichtig seien, 1981 sagten das nur 8 %.

¹⁹ Vergleichbarer Anteil wie in Deutschland.

²⁰ Dies zeigt, dass der erklärte Wunsch, Kontrolle über die Zahl der eigenen Kinder zu haben, nicht zwangsläufig zu einem Rückgang der Geburtenrate führt. Individualisierung führt nicht zu Egoismus. Wahlfreiheit hat nichts zu tun mit zweckorientiertem Eigennutz.

hatten in Frankreich 60 % der Neugeborenen unverheiratete Eltern – der höchste Anteil aller europäischen Länder).

In Deutschland – das zeigt Tabelle 2 – haben im Bereich der Familie keine so starken Veränderungen wie in Frankreich stattgefunden. Die Ehe ist dort nach wie vor deutlich beliebter, Scheidungen und nichteheliche Lebensgemeinschaften kommen etwas seltener vor als in Frankreich. Nur 35 % der Neugeborenen in Deutschland haben unverheiratete Eltern. Mit anderen Worten scheint in Frankreich eher die individualisierte Familie, in Deutschland dagegen immer noch die traditionelle Familie Standard zu sein. Die Geburtenrate ist in Deutschland auf den europäischen Durchschnitt von 1,6 Kindern pro Frau angestiegen, dies unter anderem durch den massiven Zustrom von ausländischen Frauen, bei denen die Geburtenrate deutlich höher ist als bei deutschen Frauen (2,28 gegenüber 1,46 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes).

DIE BEDEUTUNG DER RELIGION GEHT ZURÜCK

Die zunehmende Individualisierung geht mit schwindenden religiösen Überzeugungen und Praktiken einher. Religionen sind mit traditionellen Werten verbunden und die Ergebenheit gegenüber einem Gott, der ein bestimmtes moralisches Verhalten vorschreibt, steht in der Regel im Widerspruch zum Grundsatz der Selbstbestimmung des Individuums in allen Bereichen seines Lebens²¹. Und tatsächlich kann man feststellen: Je mehr jemand in eine Religion eingebunden ist, desto weniger Wert legt er auf Individualisierung.

Obwohl der Katholizismus nach wie vor die Religion der meisten Franzosen ist, hat er deutlich an Anhängern verloren: Nur ein Drittel der Bevölkerung erklärt sich heute für katholisch, verglichen mit 70 % 1981. Auch die regelmäßige Teilnahme am Gottesdienst ist selten geworden (nur 7 % gehen einmal im Monat in die Kirche). Die anderen Religionen haben dagegen infolge der Einwanderung insbesondere von Muslimen an Mitgliedern dazu gewonnen. Die Anhänger des Islam machen 6 % der Bevölkerung aus. Sie praktizieren häufiger und sind gläubiger als Katholiken, besonders die jungen Muslime. Als Folge des Mitgliederrückgangs bei den Katholiken gehören heute 37 % der Bevölkerung keiner Religion an, 21 % sind überzeugte Atheisten. Es ist vor allem dieser – inzwischen mehrheitliche – nicht-religiöse Teil der Bevölkerung, der die Werte der Individualisierung in erster Linie vorantreibt. Frankreich ist eines der Länder Europas, in denen die Säkularisierung und Individualisierung am weitesten fortgeschritten ist. Insbesondere hat Frankreich in ganz Europa den größten Anteil an »überzeugten Atheisten«, also Menschen, die Religion an sich vehement ablehnen. Auch Deutschland ist heute

sehr säkularisiert, aber der Anteil derer, die Religion ablehnen, ist dort viel kleiner (7 % überzeugte Atheisten).

Betrachtet man nicht die Religionszugehörigkeit, sondern den Glauben an Gott, ist die Zahl der Gläubigen weniger stark gesunken: von 61 % 1981 auf heute 50 % – allerdings mit einem sehr unterschiedlich starken Glauben. 29 % der Franzosen empfinden Gott als »eher wichtig« in ihrem Leben (7 bis 10 Punkte auf der Skala). Nur noch 19 % sagen heute, dass sie an einen personalen Gott glauben, während die anderen eher an »eine Art Geist oder Lebenskraft« glauben²². Letztlich verschwinden religiöse Überzeugungen nicht, sondern werden nur fließender und der Glaube wird eher als Möglichkeit denn als sichere Überzeugung betrachtet. Religiöse Gleichgültigkeit ist weit verbreitet, was aber nicht heißt, dass Religion rundheraus abgelehnt wird. So wie die Individualisierung wohl weiter zunimmt, dürfte die Religiosität in den kommenden Jahrzehnten weiter abnehmen.

ARBEIT SOLL SINN STIFTEN UND NICHT NUR DEM BROTERWERB DIENEN

Obwohl Angestellte eher geringe Freiheiten haben, stellen sie in Sachen Autonomie und Selbstverwirklichung hohe Erwartungen an die Arbeit. Eine Frage führt sechs Kriterien der Arbeit auf – drei materielle und drei qualitative bzw. emotionale – und ermöglicht so, eine Rangfolge der Erwartungen an die Arbeit aufzustellen (Tabelle 3). Obwohl die Franzosen die materiellen Seiten der Arbeit, vor allem das Lohnniveau, keineswegs unterschätzen, stehen die qualitativen Aspekte im Vordergrund: Die Arbeit soll der Arbeitnehmer wertschätzen und er soll in ihr eine persönliche Bereicherung finden²³. Der Anstieg bei den qualitativen, so genannten postmaterialistischen Werten ist allerdings nicht so stark und erfolgt nicht so automatisch, wie es Ronald Inglehart (im oben genannten Buch) behauptet.

Tabelle 3

Erwartungen an die Arbeit 2018 (in %)

	Die 6 erfragten Kriterien	Häufigkeit
qualitative und emotionale Erwartungen	Die Arbeit soll einem das Gefühl geben, erfolgreich zu sein	78
	Der Arbeitnehmer soll Verantwortung tragen können	61
	Der Arbeitnehmer soll Eigeninitiative zeigen können	55
materielle Erwartungen	Der Arbeitnehmer soll gut verdienen	72
	Die Arbeitszeiten sollen gut sein	46
	Die Urlaubstage sollen ausreichend sein	30

²¹ Darüber hinaus verurteilen viele Religionen die gegenwärtige Kultur als »subjektivistisch« und »individualistisch«, da sie sich auf ein autonomes Subjekt bezieht, das sich »durch eigene Kraft verwirklicht« (Text der Kongregation für die Glaubenslehre, 2018 vom Vatikan veröffentlicht).

²² Obwohl Deutschland auch ein stark säkularisiertes Land ist, insbesondere die ehemalige DDR, ist die Zahl derer, die an Gott glauben, dort etwas höher als in Frankreich.

²³ Genau wie die Franzosen schätzen auch die Deutschen beide Aspekte der Arbeit. Die einzigen Unterschiede bestehen darin, dass den Deutschen die Arbeitszeiten und die Möglichkeiten zur Eigeninitiative stärker am Herzen liegen als den Franzosen.

KLARES BEKENNTNIS ZUM WIRTSCHAFTSLIBERALISMUS UND ... EINEM STARKEN SOZIALSTAAT

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist Freiheit ein geschätzter Wert. 71 % der Franzosen befürworten den Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsakteuren²⁴, 68 % sind der Ansicht, dass die Menschen für ihren Lebensunterhalt selbst verantwortlich sind und nicht alles vom Staat erwarten dürfen. Jeder soll also unternehmerische Freiheit haben, aber gleichzeitig halten 83 % eine Verringerung der Einkommensungleichheiten für sehr oder ziemlich wichtig, und 96 % wünschen sich, dass die Deckung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung, Gesundheit) für alle gewährleistet wird. Einerseits also die Überzeugung vom Wirtschaftsliberalismus, andererseits das starke Bekenntnis zu den sozialen Errungenschaften und den Vorzügen des Wohlfahrtsstaats. In Frankreich ist seit langem eine starke Sehnsucht nach Gleichheit zu beobachten, obwohl es ein Land ist, in dem Ungleichheiten zwar vorhanden, aber geringer als in anderen Ländern sind.

Deutschland misst dem wirtschaftlichen Wettbewerb mehr Bedeutung bei als Frankreich (87 % in Deutschland statt 70 % in Frankreich) und befürwortet seltener eine Verringerung der Einkommensungleichheiten (76 % gegenüber 83 %). In beiden Ländern will jedoch die Mehrheit der Bevölkerung, dass die Grundbedürfnisse für alle gesichert werden. Sowohl die Deutschen als auch die Franzosen befürworten nach wie vor ausdrücklich sozialstaatliche Konzepte, die eine Absicherung für alle garantieren.

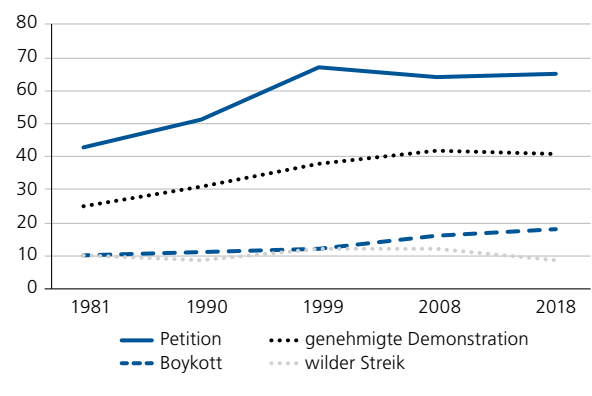
DIE POLITISCHE KULTUR WIRD KRITISCHER

Die Individualisierung betrifft auch den politischen Raum. Die Franzosen haben häufiger als früher eine eigene Meinung, da sie heute mehr Möglichkeiten haben, aktuelle Ereignisse zu beurteilen; sie wollen mehr Mitsprache bei Entscheidungen und stehen den Institutionen und Eliten kritischer gegenüber. In der Vergangenheit waren die Bürger eher angepasst und respektvoll gegenüber ihren gewählten Vertretern. Ihre politische Beteiligung beschränkte sich oft darauf, aus staatsbürgerlicher Pflicht zur Wahl zu gehen, und dann verloren sie bis zum nächsten Wahlkampf das Interesse an der Politik. Heute sinkt die Wahlbeteiligung, da sich für viele die Bedeutung von Wahlen geändert hat: Eine Wahl wird heute als ein Recht betrachtet, das ausgeübt wird, wenn man davon überzeugt ist, dass ein Kandidat Unterstützung verdient, und nicht mehr als eine Pflicht, die man erfüllt, auch wenn man die politischen Fragen nicht versteht. Heute üben die aktiven Bürger eine größere Kontrolle über die Mandatsträger aus. Protestaktionen sind häufiger geworden, insbesondere mit der Zunahme von Petitionen (Grafik 5). Aber auch die Zahl der Personen, die schon einmal demonstriert haben, ist beträchtlich gestiegen. Der Boykott als relativ neue Form des Protests gewinnt nur langsam an Bedeutung. Die Zahl der so genannten

»wilden Streiks« (wobei diese Formulierung umstritten ist) bleibt konstant. Die Franzosen protestieren gerne, sind aber nicht so radikal, dass sie die gesamte Gesellschaftsordnung gewaltsam bekämpfen. Die größten Protestgruppen haben illegale oder gewalttätige Aktionen meist unter Kontrolle, so dass diese in den Medien zwar sichtbar sind, in der Regel aber keinen schweren Schaden verursachen²⁵.

Proteste haben vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zugenommen, seitdem hat sich ihre Zahl stabilisiert. Es scheint, als sei diese Zunahme vor allem auf die Generationen der Babyboomer zurückzuführen, deren wenig konformistische Haltung auch in den nachfolgenden Generationen weiter lebt. Hinsichtlich der Bereitschaft zu protestieren gibt es heute kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen.

Grafik 5
Anteil der Befragten, die angeben, bereits an verschiedenen Protestaktionen teilgenommen zu haben (in %)



24 1 bis 5 Punkte auf einer Skala mit 10 Punkten.

25 In Deutschland wird weniger protestiert als in Frankreich, dafür finden dort Petitionen mehr Unterstützer.

WERTEWANDEL UND DEMOKRATIE: EIN GEMISCHTES BILD

DIE INSTITUTIONEN GENIESSEN UNTERSCHIEDLICHES ANSEHEN

Die kritischere Haltung der französischen Bürger führt nun nicht zu einer pauschalen Missbilligung der Institutionen, wie oft behauptet wird. In der Erhebung wurde gefragt, welcher von 18 Organisationen die Befragten »großes Vertrauen«, »gewisses Vertrauen«, »wenig Vertrauen« oder »überhaupt kein Vertrauen« entgegenbringen. Tatsächlich ist ein ungeteiltes Vertrauen die absolute Ausnahme: »Großes Vertrauen« genießt die Armee bei 27 % der Befragten, dagegen die Gewerkschaften, die Presse und das Parlament nur bei 3 % und die Parteien und die sozialen Medien nur noch bei 1 bis 2 % der Befragten. Die Antwort »überhaupt kein Vertrauen« kommt allerdings auch nur selten vor. Die große Mehrheit antwortet mit den mittleren Positionen (»gewisses Vertrauen« und »wenig Vertrauen«). Dies zeigt, dass sowohl der Rückhalt, den die Institutionen in der Bevölkerung genießen, als auch die Kritik an ihnen zurückhaltend ausfallen.

Doch man kann noch weiter gehen und untersuchen, welche Institutionen die beliebtesten sind und welche am stärksten kritisiert werden (Tabelle 4). An der Spitze der Tabelle stehen die Institutionen, die Inbegriff des Wohlfahrtsstaates sind – das Gesundheitssystem, das Bildungswesen, die Sozialversicherung: Sie genießen große, gleichbleibende oder sogar wachsende Anerkennung. Auch die Institutionen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – Armee und Polizei – genießen großes Vertrauen, das in den letzten Jahrzehnten ebenfalls gewachsen ist. In Deutschland ist die Akzeptanz der Institutionen des Wohlfahrtsstaates deutlich geringer (63 Prozent für das Gesundheitssystem, 53 Prozent für das Bildungssystem, 58 Prozent für das Sozialversicherungssystem), sowie das Vertrauen in die Armee (51 Prozent).

Tabelle 4

Anteil der Befragten, die »großes Vertrauen« oder »gewisses Vertrauen« in diese Institutionen haben, von 1981 bis 2018

In %	1981	1990	1999	2008	2018
Gesundheitssystem	–	–	77	80	84
Bildungssystem	55	61	68	76	80
Sozialversicherungssystem	–	67	66	74	70
Polizei	64	65	66	73	80
Armee	54	54	61	72	79
Kirche	54	48	44	42	42
Verwaltung	50	46	44	60	59
Gerichtssystem	–	–	45	55	54
Parlament	48	43	39	45	36
Regierung	–	–	–	31	31
Umweltorganisationen	–	–	–	65	64
Großunternehmen	42	60	45	44	44
Gewerkschaften	36	30	33	41	37
Presse	31	37	35	38	29
Soziale Medien	–	–	–	–	14
Politische Parteien	–	–	–	18	14
Vereinte Nationen (UNO)	–	–	51	57	58
Europäische Union	–	65	46	47	50

Dagegen genießen die französischen Institutionen, die die politische Macht, insbesondere die repräsentative Demokratie vertreten – das Parlament und die Regierung –, nur relativ geringes Vertrauen. Allein das Parlament hat zwischen 1981 und 2018 12 Prozentpunkte eingebüßt. Auch andere Institutionen wie Unternehmen, Gewerkschaften, die Presse, die sozialen Medien und die Parteien sind kaum beliebter. Nur die Umweltverbände genießen ein hohes Maß an Sympathie²⁶.

²⁶ Die Deutschen haben ein etwas größeres Vertrauen in das Gerichtssystem, die Gewerkschaften und die Presse als die Franzosen, sind aber besonders kritisch gegenüber Großunternehmen.

Die Tabelle zeigt auch, dass die Umweltorganisationen besonders gut dastehen, was das wachsende Umweltbewusstsein widerspiegelt²⁷. Frankreich steht beim Umweltbewusstsein jedoch nicht an der Spitze der europäischen Länder, sondern nur etwa im Durchschnitt: 50 % wollen den Umweltschutz und nicht das Wirtschaftswachstum in den Vordergrund stellen. In Deutschland liegt dieser Anteil bei 71 %, ähnlich sieht es in den skandinavischen Ländern aus.

Man kann daher nicht von einem allgemeinen Misstrauen gegenüber den Institutionen sprechen. Im Gegenteil ist festzustellen, dass die Rangfolge bei der Frage nach dem Vertrauen immer die gleiche bleibt. Die Franzosen haben gegenüber den öffentlichen Organisationen, die sie schützen und die ihnen einen grundsätzlich gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Grundversorgungsgütern gewähren, eine viel positivere Haltung als gegenüber den wichtigsten Institutionen der Demokratie, dem Parlament und den vermittelnden Instanzen. Dies bietet berechtigterweise Anlass zur Sorge um die Zukunft unseres politischen Systems.

DEMOKRATISCHE KULTUR MIT RISSEN

Das Bekenntnis zu demokratischen Werten ist ausgerechnet in Frankreich, das sich mit seiner Vorreiterrolle bei der Verteidigung der Grundfreiheiten rühmt, in Wirklichkeit nicht so eindeutig wie man meinen könnte. Bekanntlich klaffen die durch Revolutionen geweckten demokratischen Hoffnungen und ihre Umsetzung oft auseinander. Manchmal bringt die Revolution indes eine Schreckensherrschaft hervor.

Zunächst ist hervorzuheben, dass die Ansichten darüber, was eine Demokratie ausmacht, nicht immer übereinstimmen (Tabelle 5). Zwar werden die klassischen Elemente einer repräsentativen Demokratie von den meisten genannt, allerdings führen viele auch bestimmte wirtschaftliche Merkmale an. Einige zählen sogar die ökonomische Gleichheit der Gesellschaft zur Demokratie.

Tabelle 5

Die wesentlichen Merkmale einer Demokratie*

		7-8	9-10	Summe
politischer Bereich	Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer	62	15	77
	Die Regierung wird in freien Wahlen gewählt	20	49	69
	Bürgerrechte schützen vor staatlicher Unterdrückung	27	30	57
ökonomischer Bereich	Der Staat gewährt Arbeitslosen Unterstützung	33	22	56
	Der Staat sorgt für Einkommensgleichheit	28	19	47
	Mehr Steuern für Reiche, mehr Hilfe für Arme	17	23	41

* Bei 9 Merkmalen sollten sich die Befragten auf einer Skala von 1 bis 10 positionieren, je nachdem, ob sie den jeweiligen Aspekt als überhaupt nicht (1) oder absolut wesentlich (10) erachten. 3 Merkmale, die eher undemokratischen Systemen entsprechen und von den Befragten als nicht wesentlich erachtet wurden, sind hier nicht dargestellt.

Unabhängig von dieser Definition halten es 85 % für wichtig, in einem demokratisch regierten Land zu leben²⁸. Der Wunsch nach freier Meinungsäußerung und der Möglichkeit, bei politischen Entscheidungen mitzureden, ist sehr stark ausgeprägt, wie alle Umfragen zur Durchführung von Referenden schon seit langem zeigen.

Aber längst nicht alle Franzosen erkennen an, dass Frankreich demokratisch regiert wird: Nur 52 % sagen das. Schlimmer noch, nur 26 % sind damit zufrieden, wie das politische System in Frankreich funktioniert. Es scheint also sehr hohe Erwartungen an die Demokratie zu geben und somit auch eine große Ernüchterung, wenn die Realität nicht dem Ideal entspricht. Aber wollen die Franzosen wirklich mehr Demokratie?

Die Frage nach verschiedenen politischen Systemen (Tabelle 6) bestätigt zunächst einmal ihr Bekenntnis zur Demokratie (89 % positive, davon 55 % sogar sehr positive Bewertungen). Beunruhigend ist jedoch, dass fast jeder zweite Franzose auch ein System von technokratischen Experten für sinnvoll hält, fast ein Viertel ein autoritäres System und 13 % eine Militärregierung für zumindest »ziemlich gut« halten.

²⁷ Ökologische Erwartungen, wie sie in den verschiedenen Umfragen der europäischen Erhebung gemessen wurden, untersucht Jean-Paul Bozonnet in »Ecocentrism in Europe. A Narrative for a Post-Industrial and Post-Religious Conceptions of Nature«, in Bréchon Pierre, Gonthier Frédéric (Hrsg.), European Values. Trends and Divides Over Thirty Years, Leiden/Boston: Brill, 2017, S. 86–103.

²⁸ Diese 85 % haben die Werte 7 bis 10 auf einer Skala von 1 bis 10 gewählt. Die folgenden beiden Fragen wurden auf die gleiche Weise bewertet.

Tabelle 6

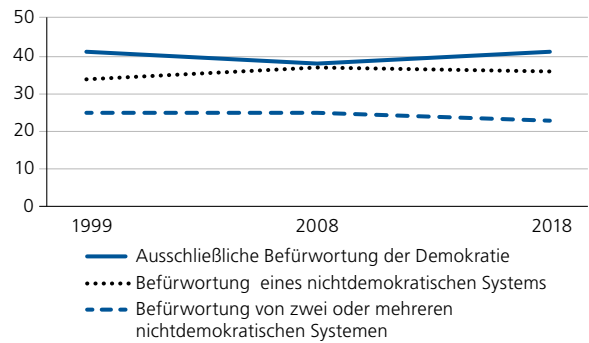
Anteil der Befragten, die verschiedene politische Systeme 2018 als sehr oder ziemlich gut bewerteten*

In %	sehr gut	ziemlich gut
Ein demokratisches System	55	34
Nur Experten (keine Regierung) entscheiden, was das Beste für das Land ist	8	40
Ein starker Anführer, der sich nicht um das Parlament oder um Wahlen kümmern muss	5	18
Die Armee regiert das Land	4	9

* Die Differenz zwischen der jeweiligen Summe dieser Anteile und 100 bildet die Befragten ab, die mit »ziemlich schlecht«, »sehr schlecht« oder gar nicht geantwortet haben.

Mit anderen Worten: das Bekenntnis zur Demokratie schließt für viele nicht aus, auch mit anderen Systemen zu sympathisieren. Mit kumulativen Angaben kann dies gut dargestellt werden (siehe Grafik 6). Die Befragten, die sich *ausschließlich* zur Demokratie bekennen, machen nur 41 % der Bevölkerung aus. Dieser Anteil ist seit 20 Jahren stabil. Das Bekenntnis zur Demokratie kann also auch bloß eine Fassade sein, hinter der durchaus auch andere Systeme befürwortet werden. Es steht daher zu befürchten, dass in einer so pessimistischen Zeit wie heute ein undemokratisches System für manche eine große Versuchung darstellen könnte. Da die Demokratie ihrer Ansicht nach versagt hat, würden sie einer Expertenregierung, einem autoritären Führer oder gar einer Militärregierung viel eher als noch vor 20 Jahren eine Chance geben.

Grafik 6.
Index der politischen Systeme*



* Diejenigen, die *ausschließlich* die Demokratie befürworten, halten sie für »sehr gut« oder »ziemlich gut« und die anderen drei Systeme für »sehr schlecht« oder »ziemlich schlecht«. Die zweite Kategorie betrifft diejenigen, die nur ein undemokratisches Regime befürworten. Die letzte Kategorie umfasst Personen, die mindestens zwei undemokratische politische Systeme befürworten.

In der jüngeren Generation bekennen sich immer weniger zur Demokratie: Bei den 18- bis 27-Jährigen lag der Anteil derjenigen, die *ausschließlich* die Demokratie befürworten, 1999 bei 43 %, 2008 bei 37 % und in der letzten Umfrage nur noch bei 33 %.

FAZIT: KEINE TENDENZ ZUR AUFLÖSUNG GESELLSCHAFTLICHER BINDUNGEN, ABER WACHSENDE DISTANZ ZUR POLITIK

Es ist zwar nicht alles gut in der französischen Gesellschaft. Die Arbeitslosigkeit ist seit vierzig Jahren sehr hoch und viele leben in prekären Lebensverhältnissen, was zur Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen führt. Die Ungleichheit ist nach wie vor groß, sowohl in Bezug auf die Einkommen als auch den Zugang zu öffentlichen Grundversorgungsgütern wie Bildung und Gesundheit. Sind die Lebensbedingungen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen dauerhaft schlecht, so verändern sich auch ihre Werte. Der Trend der Individualisierung – die einen großen Fortschritt darstellt – betrifft daher selten die am stärksten ausgegrenzten gesellschaftlichen Schichten, die oft unpolitisch sind und kaum am politischen Leben teilnehmen.

Besorgniserregend ist auch das geringe Vertrauen in die politischen Eliten und das Parlament. Damit ein Land gut funktioniert, braucht es ein politisches System, das die Bürger zufriedenstellt. 61 % der Skandinavier sind mit ihrem politischen System zufrieden, 37 % der Menschen in Westeuropa (auch 37 % der Deutschen) – aber nur 26 % der Franzosen. Die Franzosen sind nicht weniger politisch als früher, beteiligen sich aber seltener an Wahlen (insbesondere an Zwischenwahlen), die sie als ein Recht und nicht mehr als eine Pflicht betrachten. Auch das ist problematisch, denn eine starke repräsentative Demokratie braucht eine hohe Wahlbeteiligung, damit die Volksvertreter ausreichend legitimiert sind.

Aber insgesamt sind die Franzosen zufrieden mit ihrem Leben und ihre Werte haben sich überlebt. Einige Werte verlieren an Bedeutung oder unterliegen leichten Schwankungen, andere haben sich dagegen verfestigt. Die sozialen Bindungen sind keineswegs dabei sich aufzulösen. Diese große Befürchtung, die seit dem 19. Jahrhundert bei Tönnies in Deutschland, Tocqueville und Durkheim in Frankreich zu hören ist, ist also stark übertrieben. Frankreich ist heute sogar weniger gespalten als früher und hat sich nicht zuletzt angesichts des beständigen Zuwachses an Wissen der Welt und dem Fortschritt weiter geöffnet.

Die Autonomie des Einzelnen und die Toleranz gegenüber anderen werden heute von vielen eingefordert. Altruismus genießt sogar einen etwas höheren Stellenwert als früher. Das bedeutet, dass der Individualismus entgegen den Behauptungen vieler Beobachter eher rückläufig ist. Die Forderung nach öffentlicher Sicherheit und Ordnung hat an Bedeutung zugenommen; das politische Engagement hat nicht wesentlich nachgelassen; die Individualisierung führt zu einer gegenüber den Eliten kritischeren politischen Haltung. Dies ist für die Regierenden zwar keine einfache Ausgangslage, kann aber auch gesellschaftliche Impulse freisetzen. Denn institutionalisierte oder spontane Gegenkräfte wie die Gelbwestenbewegung bringen die Dinge stärker in Bewegung als gedacht. Letztendlich liegt das größte Problem bei diesen gesellschaftlichen Trends in den pessimistischen Einstellungen der Bürger und Medien gegenüber dem Zustand von Gesellschaft und Politik.

AUTOR

Pierre Bréchon ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Sciences po Grenoble, Wissenschaftler am Laboratoire PACTE/CNRS, Vorsitzender der Forschungsvereinigung für Wertesysteme ARVAL.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegelgespräche («Cercle stratégique») über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen («Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog») und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris | 41 bis, bd. de la Tour-Maubourg 75007 | Paris | France
Tel. +33 1 45 55 09 96

www.fesparis.org

Kontakt:

fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet..

Weitere Publikationen:

Rosignol, Laurence; Fourtic, Yseline

Politische Parität in Frankreich

Was ein Gesetz kann – und was nicht

Paris, 2020

Guillou, Antoine

Eine wirksame und gerechte CO₂-Steuer

Paris, 2020

Gliniasty, Jean de

Die Russlandpolitik Präsident Macrons

Paris, 2020

Rémi Lefebvre

Gelbwesten und politische Repräsentation

Paris, 2019

Fourquet, Jérôme; Manternach, Sylvain

Die »Gelbwesten«

Ein Zeichen der gesellschaftlichen Spaltung Frankreichs

Paris, 2019

Finkelstein, Gilles

Profil der Anhänger von La République en Marche

Paris, 2019

Finkelstein, Gilles

Profil der Anhänger der Sozialistischen Partei

Paris, 2019

DIE WERTE DER FRANZOSEN

Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben



Der soziale Zusammenhalt steht auf einem festen Wertefundament: Toleranz und Altruismus sind über die Jahre gestiegen, soziale Teilhabe, Vertrauen in andere und Fremdenfeindlichkeit bleiben stabil. Der Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Raum spielt dabei eine große Rolle: die Franzosen sind deutlich liberaler in Sachen Moralvorstellungen, lehnen dafür ungebührliches Verhalten strikter ab.



Die von Individualisierung geprägten Einstellungen nehmen in allen Lebensbereichen zu, führen aber nicht zu sozialem Egoismus. Familien- und Lebensformen werden vielfältiger, die Bedeutung der Religion geht zurück und die politische Kultur wird kritischer. Befürworten die Franzosen den Wirtschaftsliberalismus, so halten sie gleichzeitig an den Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates fest.



Ein gemischtes Bild zeigt sich bei den Einstellungen zur Demokratie: die Institutionen des Sozialstaates erfahren wachsende Anerkennung, die politischen Institutionen büßen an Vertrauen ein. Trotz einem klaren Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie werden gleichzeitig alternative bzw. autoritäre politische Systeme immer beliebter.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

www.fesparis.org